

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Freundschaftsvertrag

Seoul (spk) Süd-Korea und Russland wollen in diesem Jahr einen Vertrag über gutnachbarschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit unterzeichnen. Das sagte der ehemalige Seouler Botschafter in Moskau, Gong Ro Myung, am Donnerstag.

Tödliche Gefechte

Manila (spk) Bei einem der blutigsten Gefechte dieses Jahres zwischen philippinischen Soldaten und Freischärlern der kommunistischen Untergrundtruppe Neue Volksarmee (NPA) im Süden der Philippinen sind 30 Menschen ums Leben gekommen. Nach einem am Donnerstag veröffentlichten Militärbericht wurden bei den Kämpfen in der Provinz Davao del Sur 26 bewaffnete NPA-Angehörige und 4 Soldaten getötet.

Deutsches Kapital

Prag (spk) Der tschechoslowakische Aussenminister Jiri Dienstbier ist Befürchtungen entgegengetreten, dass hohe deutsche Investitionen in der CSFR einer «Germanisierung» gleichkämen. In einem am Donnerstag veröffentlichten Gespräch mit der Tageszeitung «Mlada fronta dnes» sagte Dienstbier: «Das Kapital ist schon längst nicht mehr rein deutsch, sondern eher international».

Luftbrücke

Ramstein (spk) Die amerikanische Luftwaffe will am kommenden Montag eine Luftbrücke mit Hilfsgütern, Nahrungsmitteln und Medikamenten in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) starten. Das kündigte am Donnerstag das Presse- und Informationsbüro der amerikanischen Luftwaffe in Ramstein (Rheinland-Pfalz) an.

Umfahrung Schaanwald: Der Ball liegt nun bei der Regierung

Gemeinde Mauren beantragte nach einer Gemeinschaftssitzung mit Regierungs- und Bauamtsvertretern die Ausarbeitung eines Vorprojektes

(mö) – Nachdem vor drei Jahren die vom Land in Auftrag gegebenen Varianten-Studien für eine Umfahrungsstrasse in Schaanwald vorgelegt wurden, ist es um dieses Projekt wieder still geworden.

Weil sich in der Zwischenzeit die Verkehrssituation aber weiter verschärfte, hat der Gemeinderat von Mauren nun erneut einen Vorstoss unternommen: Nach einer Gemeinschaftssitzung mit Regierungschef Hans Brunhart und den beiden Amtsvorständen im Bauamt stellte er in dieser Woche den Antrag an die Regierung, ein Vorprojekt für die grosse Umfahrungsvariante ausarbeiten zu lassen, wie uns gestern Gemeindevorsteher Johannes Kaiser auf Anfrage mitteilte.

Beim Pressegespräch vom Dienstagabend hatte Regierungschef Hans Brunhart als zuständiger Inhaber des Ressorts Bauwesen die bisherige Situation noch so geschildert, dass «das Land auf die Gemeinde und die Gemeinde auf das Land gewartet hat». Mit dem inzwischen schriftlich eingereichten Antrag der Gemeinde Mauren, der in der Gemeinderatssitzung vom 28. Januar beschlossen wurde, liegt der Ball nun bei der Regierung. Laut Regierungschef Brunhart sind an der Sondersitzung mit der Gemeindebehörde keine definitiven Beschlüsse gefasst worden. Man sei so verblieben, dass das Bauamt und die Gemeinde in engem Kontakt die Angelegenheit weiterverfolgen, damit die grundsätzlichen Entscheidungen gefällt werden könnten. Was die Zollerhöhungen betrifft, die auf dem Areal Gsteuengut südöstlich des Zollamtes Schaanwald realisiert werden sollte, so habe die Gemeinde die Zusage der Regierung erhalten, dass alle offenen Fragen nochmals seriös abgeklärt würden und eine weitere Stellungnahme unterbreitet werde, erklärte der Regierungschef am Pressegespräch.



Im Zusammenhang mit der zur Diskussion stehenden Umfahrung des Weilers Schaanwald (Archivbild) hat der Gemeinderat von Mauren nun erneut einen Vorstoss unternommen: Diese Woche stellte er den Antrag an die Regierung, ein Vorprojekt für die sogenannte grosse Variante der Umfahrungsstrasse ausarbeiten zu lassen.

Derzeitige Situation unzumutbar

Nach Auskunft von Vorsteher Johannes Kaiser stand die Verkehrsproblematik im Weiler Schaanwald in jüngster Vergangenheit des öfteren im Mittelpunkt von Gemeinderats- und Baukommissionssitzungen. Nachdem die derzeitige Situation für die Schaanwälder Bevölkerung nach einhelliger Auffassung als unzumutbar erachtet werde, habe man an der Sondersitzung mit den Landesvertretern erneut den Willen der Gemeinde bekräftigt, dass in Schaanwald alle Anstrengungen unternommen werden müssten, um die Bewohner vor der überdimensionierten Verkehrsbelastung und den damit zusammenhängenden, gesundheitsschädigenden Lärm- und Abgasemissionen zu schützen, erklärte der Vorsteher gestern auf Anfrage. Laut Johannes Kaiser lassen bisherige Erhebungen und Zukunftsperspektiven erkennen, dass der Verkehr nicht abnimmt, sondern sich im Gegenteil eher drastisch verschärft. Zurückzuführen sei dies sicher auch auf die Wichtigkeit des Zollamtes

Schaanwald aus internationaler Sicht. Auf Wunsch des Gemeinderates sei denn auch an der Sondersitzung vereinbart worden, dass die Regierung bei den zuständigen Zollbehörden die rechtlichen Aspekte abklären solle, die eine Rückstufung des Hauptzollamtes in ein Nebenzollamt zum Inhalt hätten. Schliesslich stelle sich – so Johannes Kaiser – noch die Frage, ob die ursprünglich vorgesehene, auf Intervention der Regierung dann aber fallengelassene Verlängerung der Abfertigungszeiten für den Schwerverkehr nur aufgeschoben sei.

Antrag an die Regierung

Übereinstimmend erklärten Regierungschef Hans Brunhart und Vorsteher Johannes Kaiser, dass mit der zur Diskussion stehenden Umfahrung Schaanwald keine bessere Verbindung zwischen den Autobahnen in Vorarlberg und in der Ostschweiz geschaffen würde. Johannes Kaiser: «Mit einer Umfahrungsstrasse ist keine Strassenverbreiterung bzw. grössere Verkehrsbelastbarkeit gemeint, son-

dern lediglich eine Verlagerung der Strasse mit derselben Kapazität, um unseren Weiler Schaanwald vor dem «Erstickten» im Verkehr zu schützen und die Lebensqualität zu erhöhen». Massgebend seien dabei, so der Gemeindevorsteher weiter, die Lösungsvorstellungen der Regierung, da es sich hier um eine Landesstrasse handeln würde, welcher durch die Stellung des Zollamtes eine übergeordnete Rolle zukomme.

Um das Projektvorhaben nicht länger ruhen zu lassen, hat der Gemeinderat gemäss zuvor gefasstem Beschluss am Dienstag der Regierung ein Schreiben zukommen lassen, in dem die Ausarbeitung eines Vorprojektes für die sogenannte grosse Variante (weiträumigere Umfahrung) beantragt wird, wie uns Johannes Kaiser gestern auf Anfrage mitteilte. Integrierende Bestandteile dieses Vorprojektes sollen flankierende Bearbeitungen und Abklärungen bezüglich der Verminderung von Lärm- und Abgasemissionen, eine Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die Termin- und Kostenplanung sein.

Teuerung wieder unter fünf Prozent

Jahresteuerung im Januar auf 4,9 Prozent zurückgefallen

(spk) Im Januar ist die Jahresteuerung mit 4,9 Prozent erstmals wieder seit April 1990 unter die 5-Prozent-Marke gefallen; dies obwohl die Monatsteuerung mit 0,5 Prozent recht hoch war. Laut BFS waren rechnerische Faktoren (Basiseffekt) für den Inflationsrückgang ausschlaggebend. Eine merkliche Abschwächung des Preisauftriebs wird erst ab Mitte Jahr erwartet.

Der Rückgang der Jahresteuerung im Januar ist auf folgende Rechnung zurückzuführen: da die Monatsteuerung mit 0,5 Prozent um 0,3 Punkte unter jener des Januar 1991 (0,8 Prozent) liegt, sinkt die Jahresteuerung um 0,3 Prozent. Im Dezember des vergangenen Jahres lag sie bei 5,2 Prozent, folglich ergibt sich für den Januar eine Jahresrate von 4,9 Prozent. Vor Jahresfrist wurden noch 5,5 Prozent Jahresinflation registriert. Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte Ende Januar den Stand von 131,8 Punkten (Dezember 1982 = 100).

Nach den Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) erhöhten sich die Preise im Vergleich zum Dezember bei den Inlandgütern um 0,7 Prozent; bei den Importgütern ermässigte sie sich um 0,2 Prozent. Inners Jahresfrist verzeichneten die einheimischen Produkte eine durchschnittliche Preissteigerung um 6,2 Prozent, die Importgüter eine solche um 1,1 Prozent.

Autohaftpflichtversicherung

Die Monatsteuerung von 0,5 Prozent ist laut BFS auf höhere Indexziffern für Verkehr (+2,9 Prozent), für Körper und Gesundheitspflege (+1,2 Prozent) und für Nahrungsmittel (+0,5 Prozent) zurückzuführen. Rückläufig war hingegen der Gruppenindex für Heizung und Beleuchtung (-3,2 Prozent). Die übrigen fünf Bedarfsgruppen sind im Berichtsmonat nicht neu erhoben worden.

Der Anstieg der Gruppensumme für Verkehr ist in erster Linie auf angehobene Prämien der Autohaftpflichtversicherung und höhere Ansätze für Service und Unterhalt von Personwagen zurückzuführen. Weniger stark war der Einfluss gestiegener Preise für Autos und Halbtax-Abos der SBB. Benzin ermässigte sich gegenüber Dezember um 3,1 Prozent und lag um 2,6 Prozent unter dem Vorjahresstand.

Höhere Arztanfe und Spitaltaxen in verschiedenen Kantonen bewirkten einen Anstieg der Indexziffer für Körper- und Gesundheitspflege. Massgebend für die Zunahme des Nahrungsmittelindex waren anziehende Preise für die meisten Gemüse- und Früchtesorten, Hartkäse (Ende einer Verkaufsaktion), Feingebäck und Brot. Billiger wurde Schweinefleisch. Gegenüber dem Vormonat wies der Gemüseindex eine Erhöhung um 6,5 Prozent, der Früchteindex eine solche um 2,6 Prozent auf. Im Vorjahresvergleich stieg der Gemüseindex um 1,6 Prozent, der Früchteindex um 13,6 Prozent.

Rekordzulauf bei Medizinstudium

Maturanden sollen nochmals über die Bücher

Zürich (spk) Eine Rekordzahl von Studenten hat im Wintersemester 1991 ein Humanmedizin-Studium begonnen: 18 Prozent mehr als im Vorjahr, 50 mehr als je. Probleme gibt dies spätestens bei der Suche nach einem Klinikplatz für die Assistenzzeit nach Abschluss der Hochschulausbildung. Den Maturanden 1992 wird empfohlen, sich ein Medizinstudium sehr gut zu überlegen.

Die Zahl der Medizin- und Pharmaziestudenten lag nach Angaben des Informationsdienstes der Verbindung der Schwei-

Gemeinden zahlen mehr an Musikschule

Gestern trat das neue Gesetz über die Musikschule in Kraft

(G.M.) – Mit Beginn des neuen Semesters ist in Liechtenstein das neue Gesetz über die Musikschule in Kraft getreten, das der Landtag im Dezember verabschiedet hatte. Die wesentlichsten Neuerungen betreffen die Finanzierung der Musikschule sowie die Schaffung einer Unterrichtskommission, die Aufsichtsbefugnisse über den Unterricht in den einzelnen Fachbereichen hat und eine beratende Funktion für den Stiftungsrat ausübt. Mit der Neuordnung verbunden ist eine Anpassung des Schulgeldes, das für Schüler um 10 Prozent und für Erwachsene um 12 Prozent erhöht wurde.

Das neue Musikschulgesetz löst das Gesetz aus dem Jahre 1973 über die Errichtung der «Stiftung Liechtensteinische Musikschule» ab und enthält im Gegensatz zu dem bis anhin üblichen Rahmen genaue gesetzliche Bestimmungen über den Aufbau und den Betrieb der Schule. Als die Musikschule vor knapp dreissig Jahren gegründet wurde, trat eine «neue Ära der Musikerziehung in Liechtenstein» an, wie die Regierung in ihrem Antrag an das Parlament nicht ohne Stolz

schrrieb. Damals jedoch hatte die Musikschule aufgrund von provisorischen Statuten erst den Charakter eines privaten Instituts, erhielt jedoch vom Staat Kostenzuschüsse.

Rund 2500 Musikschüler

In der Zwischenzeit hat sich die Musikschule, die 1973 mit der Umwandlung in eine Stiftung des öffentlichen Rechts ein Statut erhielt, zu einem bedeutenden Unternehmen entwickelt. 1991 wurden nicht weniger als 2500 Musikschüler registriert, die von 21 Hauptlehrern sowie 66 Teilzeit- oder Aushilfslehrern in den verschiedenen Musikrichtungen, in Instrumentalmusik und Gesang unterrichtet werden. Diese Musikschüler haben nun, nachdem das neue Gesetz in Kraft getreten ist, mehr Schulgeld zu bezahlen. Gemäss einer Anregung des Landtags wurden die Tarife für Schüler um 10 Prozent angehoben, jene der Erwachsenen um 12 Prozent, wie bei der Musikschule zu erfahren war.

Die Anhebung der Schulgeldtarife hängt mit der Änderung der Finanzierungsstruktur zusammen. Während die Gemeinden bisher sich darauf beschränkten, die Räumlichkeiten für den Musikunterricht zur Verfügung zu stellen, wurden sie mit Gesetz zur Entrichtung von Beiträgen verpflichtet. Die Regierung hatte sich vorgestellt, die Gesamtkosten von rund 5 Mio. Fr. für das Rechnungsjahr 1992 durch einen Staatsbeitrag von 65 Prozent, Gemeindebeiträge von 15 Prozent und Schulgeldeinnahmen von 20 Prozent zu finanzieren. Der Landtag nahm jedoch eine Änderung dieses Verteilungsschlüssels vor, so dass künftig die Schulgelder einen Anteil von 25 Prozent zu decken haben, während der Staatsbeitrag sich auf höchstens 50 Prozent beläuft und die Gemeinden 25 Prozent zu tragen haben.

Olympia-Wettbewerb: Letzte Chance!

Morgen ist Einsendeschluss

Haben Sie Ihren Talon für den VOLKSBLATT-Olympia-Wettbewerb schon abgeschickt? Wenn nicht, dann sollten Sie dies bis spätestens morgen Samstag (Poststempel) noch erledigen. Dann nämlich läuft die Einsendefrist ab. Die Teilnahme kann sich lohnen: Dem Sieger winkt eine einwöchige Reise für zwei Personen nach Mallorca, gestiftet von Wetter-Reisen, Vaduz. Im übrigen warten Warenpreise im Werte von 1500 Franken (Sponsor: Brogle-Sport, Vaduz) sowie 1000 Franken in bar auf Abnehmer. Zu erraten sind bei unserem traditionellen Olympia-Wettbewerb wie schon bei Calgary 88 und Sarajevo 84 die MedaillengewinnerInnen der alpinen Ski-Wettkämpfe. Für jeden Volltreffer (LäuferIn auf dem richtigen Platz) gibt es drei Punkte. Wer eine(n) LäuferIn in die Medaillenränge setzt, aber nicht auf den richtigen Platz, erhält noch einen Punkt. Den Wettbewerbstalon finden Sie im Sportteil dieser Ausgabe.

Pro Person ist nur eine Einsendung erlaubt, das Mindestalter beträgt 9 Jahre. Also, schicken Sie Ihren Talon am besten heute noch ab! Wir wünschen viel Glück.

Ihre
Modeträume
werden wahr

Modehaus
Hannelore

Jeden Freitag Abendeinkauf bis 20.00 Uhr
Samstag durchgehend geöffnet bis 16.00 Uhr